

Analyse

Strukturwandel – Ausländisches Kapital modernisiert Polens Wirtschaft

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment – FDI) sind ein wesentliches Element des Transformations- und Reformprozesses in Ostmittel- und Südosteuropa. Unter den neuen EU-Staaten der Region hat sich Polen zu einem der attraktivsten Standorte für Investitionen aus Westeuropa, den USA und Fernost entwickelt. FDIs sorgen für einen Transfer von Kapital, Technologie, Forschung sowie Managementkultur und steigern damit die internationale Wettbewerbsposition der polnischen Volkswirtschaft. Auch der Arbeitsmarkt wird durch ausländisches Kapital nachhaltig beeinflusst. Schließlich verändern FDIs die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – je nach dem, ob ihre Träger angelsächsischen, deutschen oder fernöstlichen Denktraditionen folgen. Polen wird ein bevorzugter Standort bleiben, wenn es den Regierenden gelingt, Forschung und Entwicklung stärker zu stimulieren, die Sozialsysteme zu reformieren und den Arbeitsmarkt den globalen Einflüssen anzupassen.

Polen als Spitzenreiter in Ostmitteleuropa

Das Jahr 2006 brachte für Polen den größten jährlichen Zuwachs an ausländischen Direktinvestitionen seit dem Systemwechsel 1989/90. Nach Angaben der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski) floss ausländisches Kapital im Wert von knapp 11,1 Milliarden Euro ins Land. Die bisherigen Spitzenwerte lagen bei 10,3 Milliarden in den Jahren 2000 und 2004. Für das laufende Jahr erwarten die Wissenschaftler des renommierten Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche sogar einen Betrag von etwa 12 Milliarden Euro. Diese Summen setzen sich jeweils aus drei Elementen zusammen:

- Kapitaltransfer für neue Investitionen,
- Verwendung von Gewinnen für die Erweiterung bestehender Investitionen,
- Kredite ausländischer Investoren für Tochterunternehmen in Polen.

Dabei fällt auf, dass die reinvestierten Gewinne im Vergleich zu den Vorjahren erheblich angestiegen sind. Das spricht für einen großen Vertrauensvorschuss ausländischer Investoren gegenüber Polen. Umfragen etwa der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer bestätigen diese Einschätzung. Das Jahr 2006 hat aber auch gezeigt, dass Polen mehr und mehr zu einem attraktiven Standort für Unternehmen aus Asien wird, die wichtige Konkurrenten deutscher Firmen sind. Allein japanische Konzerne wie Sharp, Bridgestone, Toshiba, Toyota, Orion Electric und Funai haben im letzten Jahr etwa 600 Millionen Euro in Polen investiert.

Vergleicht man die Entwicklung der neuen EU-Mitgliedsländer Ostmitteleuropas seit der Wende um 1989, dann gehörte Polen ursprünglich nicht zu den

Vorreitern. In den frühen 1990er Jahren war Ungarn das wichtigste Ziel ausländischer Direktinvestitionen, weil die Verantwortlichen in Budapest die Privatisierung durch den Verkauf an ausländische Unternehmen vorantrieben, während die Regierungen der anderen EU-Kandidaten inländische Investitionen, also betriebsinterne Privatisierung oder Entstaatlichung über die Ausgabe von Anteilen (so genannte Voucher), bevorzugten. Erst im Jahr 1996 überholte Polen Ungarn hinsichtlich des Zustroms von ausländischem Kapital. 2002 übernahm dann die Tschechische Republik diese Führungsposition. Beide Länder gewannen an Attraktivität, weil sie die Privatisierung durch Verkauf an ausländische Investoren forcierten und die Regierungen in Warschau und Prag überhaupt stärker um westliches Kapital warben. Ab 2002 wurde auch die Slowakei zunehmend Ziel westlichen Engagements. Inzwischen zeigt sich, dass Südosteuropa, vor allem Rumänien und Bulgarien, verstärkt ins Visier internationaler Investoren gerät. Bereits im Jahr 2006 ist der Zustrom ausländischen Kapitals nach Südosteuropa stärker angestiegen als nach Ostmitteleuropa.

Hinsichtlich des Gesamtbestands an ausländischen Direktinvestitionen ist Polen Spitzenreiter in Ostmitteleuropa. Seit 1989 flossen etwa 90 Milliarden Euro ins Land, während auf Ungarn gut 62 Milliarden und auf die Tschechische Republik knapp 59 Milliarden entfielen. Betrachtet man jedoch die Investitionshöhe pro Kopf, dann liegt Polen weit hinter den beiden Ländern und auch hinter Estland. Der entsprechende Wert beträgt in Polen 2.361 Euro (Ende 2006), während er in Estland bei 9.232 Euro, in Ungarn bei 6.170 Euro und in der Tschechischen Republik bei 5.719 Euro liegt. Interessant ist auch der Anteil auslän-

discher Direktinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Dieser liegt in Ungarn bei 55 Prozent, in Tschechien bei 48 Prozent, in der Slowakei bei 33 Prozent und in Polen bei 30 Prozent. Die wichtigsten Herkunftsländer für FDI in Polen sind die Niederlande, Deutschland, Frankreich, die USA und Österreich.

Trend zu wissensintensiver Produktion und Dienstleistung

Es sind zwei Motive, die ausländische Investoren veranlassen, sich in Polen und den anderen EU-Staaten Ostmitteleuropas zu engagieren. Entweder suchen sie neue Märkte für ihre Produkte oder sie wollen die Leistungsfähigkeit ihrer Unternehmen verbessern. Mitunter sind beide Motive miteinander verknüpft. In den ersten Jahren nach dem Systemwechsel 1989/90 stand vor allem die Suche nach neuen Märkten im Vordergrund. Investoren haben mit dem Erwerb von Produktionsstätten de facto auch die entsprechenden Märkte aufgekauft. Die Finanzwirtschaft, der Sektor für Büroimmobilien, die großen Supermarktketten und Hotels sind heute überwiegend in ausländischer Hand. Mit der Zeit wuchsen aber auch die „greenfield-Investitionen“ ausländischer Unternehmen in exportorientierten Branchen.

Zieht man eine Bilanz der Jahre seit Beginn des wirtschaftlichen Transformations- und Reformprozesses, dann zeigt sich eine erhebliche Veränderung der Standortfaktoren. Das gilt gerade auch für Polen. Während die Abwicklungskosten sanken, stiegen die Herstellungskosten und nicht zuletzt die Löhne. Die EU-Staaten Ostmitteleuropas sind heute keine klassischen Billiglohnländer mehr, auch wenn ihr Lohnniveau noch erheblich unter dem westlicher Mitgliedsländer liegt. Auch der Umfang und das Profil der FDI haben sich geändert und ändern sich weiter. Während die arbeitsintensive Produktion, die nur gering qualifizierte Arbeitskräfte erfordert, langsam an Bedeutung verliert und vereinzelt sogar abwandert, werden wissensintensive Produktion und Dienstleistung zunehmend in die neuen Mitgliedstaaten verlagert. Dieser Trend wird sich noch verstärken.

Im Prinzip haben diese Länder – mit Ausnahme so genannter strategischer Sektoren, wozu etwa Teilbereiche der Energieversorgung gehören – alle Zweige der Wirtschaft für ausländische Investoren geöffnet. Dabei ging das Gros der exportorientierten FDI in die Produktion von Fahrzeugen, die Elektroindustrie, die Herstellung elektrotechnischer und optischer Geräte sowie in die Chemieindustrie. Polen hat sich in diesem Zusammenhang zu einem wichtigen Zentrum für die Autoproduktion, die Herstellung moderner Unterhaltungselektronik und die Produktion von Haushaltsgeräten entwickelt.

Im Bereich der nicht exportorientierten Produktion wurde die Nahrungs- und Genussmittelindustrie zum wichtigsten Betätigungsfeld ausländischer Investoren.

Technologischer Rückstand einheimischer Unternehmen

Mit den ausländischen Direktinvestitionen ist ein erheblicher Transfer von Ressourcen verbunden. Das gilt nicht nur für das Kapital, sondern auch für Forschung und Entwicklung, moderne Technologien sowie die Managementkultur. In den Tochterunternehmen ausländischer Investoren beziehungsweise in den Gesellschaften mit ausländischer Kapitalbeteiligung wird mehr oder weniger nach westlichen Standards produziert und werden Dienstleistungen auf internationalem Niveau erbracht. Siemens und andere internationale Unternehmen haben große Entwicklungszentren in Breslau und in anderen polnischen Städten eingerichtet, deren Arbeitsergebnisse international umgesetzt werden.

Ein großes Problem besteht allerdings darin, dass der aus dem Ausland kommende technologische Funke noch nicht so richtig auf die einheimischen polnischen Unternehmen übergesprungen ist. Während sich die ausländischen Investoren in der Produktion auf hochtechnologische und exportorientierte Industrien konzentrieren, sind die einheimischen Unternehmen eher in Sektoren tätig, die technologisch weit weniger entwickelt sind und vor allem einheimische Märkte bedienen. Zu den Gründen für diesen Niveauunterschied dürften vor allem der Kapitalmangel bei einheimischen Unternehmen, die ungenügende Bereitstellung entsprechender Kreditlinien durch die Banken und die mangelnde Stimulierung von Forschung und Entwicklung durch den polnischen Staat gehören. Künftig werden EU-Mittel in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

Das Engagement ausländischer Investoren verändert auch die Managementkultur in Polen sowie die Entscheidungsprozeduren in den Unternehmen, denn die Eingliederung von Tochterunternehmen in die Netzwerke internationaler Konzerne führt zu einer wachsenden Spezialisierung etwa durch Bereitstellung bestimmter Produktkomponenten und auch zu einer Begrenzung der Entscheidungskompetenz von Tochtergesellschaften beziehungsweise der polnischen Regierung sowie der regionalen und lokalen Verwaltungen. Strategische Entscheidungen fallen in den internationalen Konzernzentralen, und diese gesamtunternehmerischen Entscheidungen über neue Produkte und über Umstrukturierungen können unter Umständen negative Auswirkungen auf Tochtergesellschaften haben, die ansonsten durchaus existenz- und leistungsfähig wären. Der Konflikt rund

um die Fusion der beiden polnischen Tochterbanken (Bank Pekao SA und Bank Przemysłowo-Handlowy SA) der italienischen Unicredit-Gruppe hat exemplarisch gezeigt, dass die staatliche Wirtschaftspolitik immer wieder vor einschneidenden Veränderungen wie Kapitalbewegungen, Abbau beziehungsweise Verlagerung von Arbeitsplätzen sowie verstärktem Lobbyismus ausländischer Investoren stehen wird.

FDIs stimulieren Außenhandel

Angeichts der starken Exportorientierung vieler ausländischer Direktinvestitionen hat sich die polnische Ausfuhr seit den 1990er Jahren international umorientiert sowie quantitativ und qualitativ stark verändert. Fand noch 1989 der Austausch zu etwa 35 Prozent mit der damaligen östlichen Wirtschaftsgemeinschaft RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe – Comecon) statt, so werden heute zwei Drittel des Außenhandels mit der Europäischen Union abgewickelt. Davon wiederum entfällt ein beträchtlicher Teil auf Deutschland. Die Exportquote der polnischen Wirtschaft ist kontinuierlich angestiegen und beträgt heute etwa 27 Prozent (zum Vergleich: die Exportquote einer stark außenhandelsorientierten Volkswirtschaft wie der deutschen liegt bei ca. 32 Prozent).

Das Wachstum des Außenhandelsvolumens ging mit einer drastischen Veränderung in der Güterstruktur des Außenhandels einher. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen dominieren inzwischen eindeutig Güter des verarbeitenden Gewerbes, während der Anteil der Primärgüter stark geschrumpft ist. Beim Export von Primärgütern haben Nahrungsmittel noch ein gewisses Gewicht behalten, während die Ausfuhr von Rohstoffen und mineralischen Brennstoffen ihre ursprüngliche Bedeutung fast vollständig eingebüßt hat. Der starke Bedeutungszuwachs der Industriegüterexporte bezieht sich vor allem auf die Ausfuhr von Fahrzeugen, elektrotechnischen und elektronischen Produkten sowie Erzeugnissen der Maschinenbauindustrie. Der Trend in Richtung technologisch anspruchsvoller Exportgüter ist eindeutig.

Empfindlicher Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

Wie bereits dargestellt, sind ausländische Direktinvestitionen eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Strukturwandels in Polen. Besonders in den 1990er Jahren war dieser Wandel durch den Abbau industrieller Strukturen, die Reduzierung landwirtschaftlicher Tätigkeit und den Aufbau eines modernen Dienstleistungssektors charakterisiert. Der Bedeutungsverlust der Industrie ist allerdings nicht unbedingt negativ zu bewerten, denn die sozialistischen Systeme zeichneten sich nicht zuletzt durch eine gewaltig überzogene Pro-

duktion von Investitions- und Rüstungsgütern aus. Ebenso litten Länder wie Polen an einem zu hohen Anteil der Landwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Darüber hinaus waren die überkommenen sozialistischen Strukturen im Dienstleistungssektor unter den neuen marktwirtschaftlichen Verhältnissen obsolet geworden.

Doch die Folgen dieses Strukturwandels für den Arbeitsmarkt waren dramatisch. Trotz Wirtschaftswachstum und fortwährender Produktivitätssteigerung ging die Beschäftigung zurück. Das Schlagwort vom „jobless growth“ machte die Runde. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze etwa im Dienstleistungssektor konnte den massiven Abbau besonders in der Produktfertigung nicht ausgleichen. Die Reduzierung der Anzahl der Beschäftigten fiel vor allem dann drastisch aus, wenn ausländische Investoren einheimische Unternehmen kauften. Viele einheimische Unternehmen, die in staatlicher Hand verblieben, weil sie keinen in- oder ausländischen Investor fanden, verloren ihre Existenzberechtigung und wurden aufgelöst, ihr Vermögen abgewickelt und ihre Arbeitnehmer entlassen. Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny) sind in den Jahren 1989 bis 2003 in Polen mehr als 3,2 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen.

Andererseits wurden auch viele Stellen geschaffen, wenn internationale Konzerne neue Unternehmen und Produktionsstätten im Land aufbauten. So sind in den 14 Sonderwirtschaftszonen in Polen, die gerade auch von ausländischen Investoren genutzt werden, etwa 90.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die in diesen Sonderwirtschaftszonen vom Staat gewährten Hilfen, wie etwa Steuervergünstigungen, mitunter gegen EU-Recht verstießen oder bis heute verstoßen.

Die verhängnisvolle wechselseitige Abhängigkeit zwischen Produktivitätssteigerung und Arbeitslosigkeit wurde erst vor zwei Jahren wirklich durchbrochen. Seither werden mehr neue Stellen geschaffen als abgebaut. Das bedeutet nicht mehr nur, dass die Schaffung von mehr Beschäftigung etwa im Dienstleistungssektor den Abbau in der Industrie überwiegt. Auch die Beschäftigung in der industriellen Produktion selbst nimmt wieder zu. Für neue Arbeitsplätze sorgen gerade die von ausländischen Investoren betriebenen anspruchsvollen Produktionsabläufe wie die Herstellung von Autos und die Fertigung elektronischer Komponenten. So ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 2006 gerade in Polen stark gesunken, wengleich das Land hinsichtlich der Beschäftigung immer noch zu den Schlusslichtern unter den EU-Staaten Ostmitteleuropas zählt. Nach einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 13,9 Prozent im Jahr 2006 werden für 2007 gut 11 Prozent erwartet.

Inzwischen hat der stetige Zustrom ausländischer Direktinvestitionen gerade in Ballungsgebieten wie Niederschlesien für einen eklatanten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gesorgt. Insbesondere in der Bauwirtschaft können viele vakante Stellen nicht besetzt werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. So leidet Polen unter der massiven Emigration von Fachkräften nach England, Irland, Deutschland, Schweden und in die USA. Nach Angaben des Arbeits- und Sozialministeriums in Warschau haben seit dem EU-Beitritt Polens mindestens eine Million Bürger das Land verlassen. Bemerkbar werden aber auch Ausbildungsmängel und die Schwächen des Arbeitsmarktes beziehungsweise der Arbeitsvermittlung. So gibt es in Polen kaum Strukturen, die mit der dualen Ausbildung in Deutschland vergleichbar sind. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer bemüht sich deshalb, entsprechende Projekte in Kooperation mit deutschen Investoren und den regionalen sowie lokalen polnischen Behörden auf den Weg zu bringen. Der Arbeitsmarkt wiederum leidet unter der vergleichsweise niedrigen Beschäftigungsquote, der mangelnden Flexibilität der Arbeitnehmer in bestimmten Regionen, der unprofessionellen Tätigkeit der Arbeitsämter und natürlich unter den Verzerrungen durch den Schwarzmarkt.

Sinkender Einfluss der Gewerkschaften

Unter dem Einfluss ausländischer Investoren haben sich auch die Beziehungen zwischen dem Staat, dem Unternehmensmanagement und den Beschäftigten stark verändert. Der Staat und seine Rechtsvorschriften verlieren mehr und mehr an Einfluss, wenn es um die Gestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geht, was sich beispielsweise in den Arbeitsbedingungen und Löhnen widerspiegelt. Das gilt aber auch für Gewerkschaften wie die *Solidarność*, die traditionell noch sehr gesamtpolitisch denken. Gerade das dürfte aber dazu beigetragen haben, dass ihre Mitgliederzahlen seit 1989/90 drastisch gesunken sind. Betrug der Organisationsgrad damals noch 80 bis 90 Prozent, so liegt er heute unter 30 Prozent.

Soziologische Untersuchungen zeigen, dass die Solidarität unter den Arbeitern sinkt, was vor allem in der vergleichsweise immer noch hohen Arbeitslosigkeit, dem Fehlen gewerkschaftlicher Gruppen in den Betrieben sowie dem sinkenden Vertrauen in den möglichen Erfolg von Streiks für die Beschäftigten begründet liegt. Gehörte Polen noch in den frühen 1990er Jahren zu den Ländern in Ostmitteleuropa, die besonders für Streiks anfällig waren, so ist die Zahl der Arbeitskämpfe seither drastisch gesunken. Angesichts des geringen Einflusses der Gewerkschaften ist es kein Wunder, dass die Wochenarbeitszeit in Polen über der in

den westlichen EU-Staaten liegt. Überstunden werden nur selten zusätzlich entlohnt. Oft sparen Arbeitgeber Sozialabgaben dadurch, dass sie Arbeitnehmer auf der Basis freier Mitarbeit beschäftigen. Auch Betriebsräte spielen eher eine untergeordnete Rolle.

Parallel dazu ist der Einfluss von Unternehmerverbänden und Arbeitgeberorganisationen gestiegen, wobei diese hauptsächlich als Lobby auf gesamtwirtschaftlicher und sozialpolitischer Ebene auftreten, kaum aber in den einzelnen Branchen aktiv sind. Wenn überhaupt, werden Tarifverhandlungen vorwiegend auf Unternehmensebene geführt. Zurzeit sind in Polen nur noch knapp 40 Prozent der abhängig Beschäftigten durch Tarifverträge erfasst. Betrachtet man das Management in Unternehmen ausländischer Investoren, dann ist das Denken in Kategorien von Sozial- und Tarifpartnerschaft am ehesten in Firmen deutschen Kapitals oder mit deutscher Kapitalbeteiligung zu finden, kaum aber in Betrieben, die von amerikanischen und fernöstlichen Investoren geführt werden.

Polen jenseits der Globalisierung?

Ein zentraler Aspekt des Wahlprogramms der nationalkonservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), die seit Herbst 2005 die Regierung stellt beziehungsweise Seniorpartner einer Dreiparteienkoalition war (Anm. d. Red.: im Juli d.J. brach die Koalition auseinander), war die Verteidigung nationaler Interessen auch und gerade in der Wirtschaft. Ihre Parteifunktionäre nannten die Privatisierungen der vorangegangenen 15 Jahre einen Ausverkauf polnischen Vermögens an fremdes Kapital. Besonders der massive Einstieg ausländischer Institute in den polnischen Bankensektor war *PiS* ein Dorn im Auge. Tatsächlich wurden seither fast alle Privatisierungen gestoppt. Stattdessen bemühte sich die Regierung, mehrheitlich staatliche Großunternehmen, so genannte „nationale Champions“ wie den Öl- und Benzinkonzern PKN Orlen nach Kräften zu unterstützen. Versuchte die Regierung zunächst, die Fusion der Bank Pekao SA und der Bank Przemysłowo-Handlowy SA (BPH) als Tochterbanken der italienischen Unicredit-Gruppe zu verhindern, so erreichte sie schließlich nur, dass die Italiener einen geringeren Teil des BPH-Kapitals an einen anderen Investor verkaufen mussten. Den Aufstieg der beiden Banken, deren Fusion vor dem Abschluss steht, zum größten polnischen Institut vor der bisher führenden, mehrheitlich staatlichen Bank PKO BP kann die Regierung nicht mehr stoppen.

Trotz dieses Widerstands wäre es falsch, der Regierungspartei *PiS* generell vorzuwerfen, sie blockiere die weitere Integration Polens in die internationalen Märkte. Sie bemüht sich sogar, internationale

Verpflichtungen zu erfüllen, wie etwa die, das Defizit im Staatshaushalt nach den EU-Vorgaben von Maastricht zu senken, wenn auch nicht in einem Tempo, wie es mit Blick auf eine baldige Einführung des Euro notwendig wäre. Allerdings tut sie auch nichts, um die internationale Wirtschaftsverflechtung Polens zu fördern, wozu unter anderem eine stärkere staatliche Stimulierung von Forschung und Entwicklung gehören würde. Die *Liga der Polnischen Familien* (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) lehnte als einer der beiden kleineren Partner der nun zerbrochenen Regierungskoalition ausländische Direktinvestitionen unumwunden ab, während sich die *Selbstverteidigung* (*Samoobrona*) nur von Fall zu Fall zu dem Thema zu Wort meldete – etwa dann, wenn es darum ging, das weitere Vordringen ausländischer Supermarktketten per Gesetz zu blockieren. Die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) als größte Oppositionspartei sowie das Bündnis *Linke und Demokraten* (*Lewica i Demokraci – LiD*) haben in der Regel keine Vorbehalte gegen ausländisches Kapital.

Wie die Bevölkerung über ausländische Direktinvestitionen denkt, lässt sich nicht exakt sagen, da keine genaueren soziologischen Untersuchungen zu diesem Thema vorliegen. Vermutlich akzeptiert eine Mehrheit der Bürger die FDI, weil sie sieht, dass ausländisches Kapital die Wirtschaft voranbringt und damit zur Anhebung des Lebensstandards beiträgt. Arbeitsplätze in Tochterunternehmen ausländischer Gesellschaften sind begehrt. Wahrscheinlich hegen am ehesten jene etwa 30 Prozent der Gesellschaft Vorbehalte gegen ausländische Direktinvestitionen, die sich als Verlierer der neuen Marktwirtschaft empfinden und ausländische Investitionen als eine der Ursachen ihrer Misere begreifen.

Polnischer Kapitalexport

Seit Ende der 1990er Jahre ist die polnische Volkswirtschaft auch in der Lage, selbst Kapital zu exportieren, wobei der Löwenanteil polnischer FDI in den Jahren 2005 und 2006 getätigt wurde. Die Gesamtsumme polnischer Direktinvestitionen im Ausland beträgt inzwischen etwa 9 Milliarden Euro, wobei Polen nur von Ungarn mit 9,6 Milliarden übertroffen wird. Weit dahinter folgen die Tschechische Republik mit 3,8 Milliarden, Slowenien mit 3,5 Milliarden und Estland mit 2,7 Milliarden. Waren ungarische Unternehmen wie der Ölkonzern MOL und die Bank OTP Vorreiter des Kapitalexports der neuen EU-Staaten, so liegt die Initiative inzwischen eindeutig bei polnischen Unternehmen. In den Jahren 2005 und 2006 war der jährliche Kapitalexport Polens der höchste unter den neuen EU-Mitgliedsländern. Die polnischen Auslandsinvestitionen wurden vor allem in den Bereichen industrielle Verarbeitung, Finanzwirtschaft, Immo-

lien und Dienstleistungen getätigt. Das Kapital ging im Wesentlichen in die Schweiz, die Tschechische Republik, nach Litauen, in die Niederlande, nach Rumänien, Schweden, Deutschland, in die Ukraine und nach Großbritannien.

Fazit

Der enorme Zufluss ausländischer Direktinvestitionen hat wesentlich zur Modernisierung der polnischen Volkswirtschaft und damit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger beigetragen, auch wenn nicht die ganze Gesellschaft davon profitiert. Ökonomen halten es für möglich, dass der Zustrom anhält, wenngleich auch nicht in der Höhe wie 2006. Allenfalls dieses Jahr könnte der Rekord des Vorjahres wiederholt oder sogar noch etwas übertroffen werden. Mit ihrem Kapitalexport haben polnische Unternehmen verstanden, dass sie auch im Ausland etwas für die Sicherung ihrer ökonomischen Existenz und ihre Ertragskraft im Inland tun können.

Doch Polen darf sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Die Konkurrenz unter den EU-Mitgliedsländern in Ostmitteleuropa ist hart, auch wenn einzelne wie Ungarn ihren Zenit in dieser Hinsicht überschritten haben. Wie schnell neue Konkurrenz wachsen kann, zeigt das Beispiel Rumänien. Außerdem bemühen sich jenseits der EU-Außengrenze die Ukraine und der westliche Balkan verstärkt um ausländische Direktinvestitionen. Billiglohnproduktion wird vermehrt nach Fernost abziehen. Die Globalisierung lässt sich nicht aufhalten, es sei denn, man versucht es mit staatlichem Dirigismus. In diesem Fall aber würde Polen den Anschluss an den technologischen Fortschritt verlieren.

So stehen die Regierung und die Vordenker in der Wirtschaft vor wichtigen Herausforderungen:

- Die wissenschaftlichen, technologischen und finanziellen Weichen für eine weitere Modernisierung der Volkswirtschaft müssen gestellt werden.
- Polen braucht eine strategische Diskussion darüber, welche Sektoren und Branchen perspektivisch das *Made in Poland* ausmachen sollen.
- Die sozialen Systeme müssen modernisiert werden, damit sie globalen Einflüssen standhalten.
- Die Mehrheit der Gesellschaft wird in Zukunft nur dann vom Nutzen der FDI überzeugt bleiben, wenn die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit stärker von moderner Sozialpartnerschaft geprägt sind, als das bisher der Fall ist, ohne dass die Gewinnträchtigkeit von Unternehmen gefährdet wird.
- Auch ein baldiger Beitritt Polens zur Eurozone würde dazu beitragen, dass das Land attraktiv für FDI bleibt.

Die derzeitige polnische Regierung hat diese Herausforderungen noch nicht erkannt. Ihre Fixierung auf nationale Interessen, so wie sie diese begreift, und auf die innenpolitische Konfrontation als ihr wichtigstes

politisches Betätigungsfeld zeigt, dass sie nicht versteht, wie sich die Welt im globalen Maßstab verändert. Dabei sollte ihr doch gerade daran liegen, Polen für die heutigen Herausforderungen fit zu machen.

Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politologe, arbeitet in Warschau als Korrespondent des *Handelsblatt* für Ostmittel- und Südosteuropa. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks. Seine Beiträge erscheinen auch in *Neue Zürcher Zeitung*, *Osteuropa*, *Südosteuropa* und *Internationale Politik*.

Tabellen

Ausländische Direktinvestitionen

Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Polen, angegeben nach Herkunftsländern

	2000 in Mio. PLN	2004 in Mio. PLN	2005 ^(a) in Mio. PLN
Australien	- 3,0	- 29,9	31,2
Belgien und Luxemburg	1262,6	3631,0	7112,8
Dänemark	549,4	808,3	1865
Deutschland	4087,3	4713,7	6100,1
Finnland	452,5	29,7	1822,1
Frankreich	15824	12501,5	- 138,3
Griechenland	- 19,1	2,6	17,8
Großbritannien	739,3	1173	1830,8
Irland	178,2	370,1	- 153,7
Italien	1585,5	1988,9	695,7
Japan	167,8	696,9	982,2
Kanada	39,6	24,3	34,4
Liechtenstein	30,4	- 860,2	102,9
Niederlande	8551,9	8664,8	1526,1
Norwegen	16,5	367,5	-182,6
Österreich	1183,5	2671,1	2329,1
Portugal	300,8	212,7	261,9
Republik Korea	- 853,2	686,5	- 152,5
Russländische Föderation	- 90	- 2360,8	113,6
Schweden	2587,8	2315,7	1708,2
Schweiz	1404,7	1203,5	956,3
Slowakei	11,3	- 27,7	34,4
Slowenien	13,9	207,3	- 34,6
Spanien	1552,5	996,5	442,3
Tschechische Republik	- 10	-115,4	31,4
Türkei	70,8	94,3	- 91,6
Ungarn	- 7,8	618,3	- 632,6
Vereinigte Staaten von Amerika	1412,1	515	2521,1
Zypern	0,0	1924,1	214,6
insgesamt	41050,4	45577,9	30860,3

^(a) vorläufige Daten, Quelle: Polnische Nationalbank

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: *Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2006: Pieniądz i banki. Rynek giełdowy. Zakłady ubezpieczeń. Otwarte fundusze emerytalne. Napływ kapitału do Polski z tytułu zagranicznych inwestycji bezpośrednich według kraju pochodzenia udziałowca.* [Statistisches Hauptamt: *Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2006*]